

Covid19-Krise: Positionspapier

Vorbemerkung: Auf Ebene des Bezirks Eimsbüttel sind Einflussnahmen auf den politischen Prozess in Sachen Corona-Pandemie nur äußerst beschränkt möglich, wie z.B. im Bereich der Gesundheitsämter. Gleichwohl halten wir es für sinnvoll eine grundsätzliche Positionierung vorzunehmen und mit Eimsbüttler Bezug zu bereichern.

Was ist das Problem?

Ein neuartiges Virus trifft auf eine schlecht vorbereitete Gesellschaft und dies weltweit. Aktuell heißt die Krankheit, an der weltweit die meisten Menschen erkranken, Covid19. Diese Krankheit führt bei bester medizinischer Versorgung zu einer wesentlich höheren Sterblichkeit als eine „normale Grippe“, bei einem überforderten Gesundheitssystem erhöht sich die Sterblichkeit sprunghaft. Es gibt zurzeit keine spezifischen Medikamente und keine Impfung.

Die Neuartigkeit des Virus, die schlechte Vorbereitung und das Ausmaß der Pandemie erfordern Lernen im Prozess der Bewältigung der Krise von allen Beteiligten: Lernen zur Natur der Erkrankung, der Pandemie, zu den sozialen, wirtschaftlichen und politischen Folgen.

Wie der Begriff Pandemie andeutet, verlaufen alle Prozesse systemisch, haben alle Aktivitäten und das Infektionsgeschehen selbst gesellschaftlich vermittelte Folgen.

Auf die Pandemie haben die Regierung der Bundesrepublik und die Bundesländer mit einem Shutdown reagiert, der hinsichtlich der Unterdrückung der Infektion und der Eindämmung von Ausbrüchen bisher weitestgehend erfolgreich ist.

In der aktuellen Phase der Pandemie geht es um den Ausstieg aus dem Shutdown, soweit dies ohne spezifische Medikamente und Impfung verantwortbar ist.

Hauptverantwortung bei der Bekämpfung des Virus SarsCov2 tragen jetzt die kommunalen Akteure. Gesundheitsämter, in Hamburg in den Bezirken, sind personell massiv aufgerüstet worden, um die Infektion zu unterdrücken und Ausbrüche einzudämmen.

Die coronabedingte Wirtschaftskrise ist anders als vorherige Krisen. Sie ist nicht endogen aus dem Profitmechanismus entstanden, sondern exogen durch die Viruspanemie erzeugt. Es handelt sich um gleichzeitige Schocks auf der Angebots- und auf der Nachfrageseite der Volkswirtschaft. Märkte liefern keine Lösung für eine Pandemie. Ohne einen gestaltenden Staat sind weder Pandemien noch die globalen Umwelt- und Klimakrisen zu bekämpfen. (vgl. SONDERMEMORANDUM, 1)

Wir erleben die bisher schwerste Wirtschaftskrise unter den gesellschaftlichen Bedingungen der Industrie 3.0 seit Bestehen der Bundesrepublik mit erheblichen sozialen Folgen.

Die vielen spontan beschlossenen wirtschaftlichen Stabilisierungsprogramme von Bund und Ländern, die alte Strukturen festigen, sind kurzfristige Notlösungen. Die Lebensrisiken der Weltbevölkerung werden explodieren, wenn wir an der bisherigen kapitalistischen Wirtschaftsweise festhalten. Niemals zuvor war die „große sozialökologische Transformation“ so notwendig wie heute. (vgl. SONDERMEMORANDUM, 1)

In letzter Instanz zeigt die Krise, dass eine auf dem Profitprinzip aufbauende Gesellschaft an ihre Grenzen stößt. Wir sollten daher auch über grundlegende Systemfragen neu nachdenken: Wer bestimmt in Wirtschaft und Gesellschaft? Was brauchen wir? Wie wollen wir arbeiten? Wie wird der produzierte Reichtum verteilt? Was gehört zu einem guten Leben? Letztlich: Wie wollen wir leben? (vgl. SONDERMEMORANDUM, 12)

Wir dürfen nie vergessen, dass die Abwicklung der Corona-Pandemie bei uns unter kapitalistischen Bedingungen erfolgt.

Gerade die Ereignisse zum Beispiel um den Tönnies-Konzern haben unter Beweis gestellt, dass das profitorientierte Handeln weder in der Lage ist die Gesundheit zu schützen, noch menschenwürdige Arbeits- und Wohnverhältnisse im Auge hat.

Insofern war es wichtig, dass DIE LINKE. Eimsbüttel strömungsübergreifend auf mehreren Kundgebungen die Forderung: „Befreit das Gesundheitswesen vom Profitvirus“ in die Eimsbüttler Öffentlichkeit gebracht hat.

Ziele

Unser Handeln wird von drei Prämissen geleitet:

1. Möglichst wenig Tote durch die Corona-Pandemie
2. Die Schere zwischen Arm und Reich muss sich schließen. Der Umgang mit COVID darf nicht zur Verschärfung sozialer Ungerechtigkeit führen.
3. Menschenrechte als Grundlage für Demokratie müssen ausgebaut werden. Der Ausnahmezustand darf nicht auf unabsehbare Zeit verlängert und Grundrechte müssen auch in der Krise gewahrt werden.“ (Sofortprogramm zur Corona Krise DIE LINKE.Hamburg, 3. April 2020, S.1)

Zielgruppen

Unsere Politik richtet sich an alle Menschen, da alle von der Pandemie betroffen sind. Sie sind jedoch verschieden und unterschiedlich stark betroffen. Vor allem sind sie unterschiedlich handlungsfähig:

Betroffen von Infektionen, Ausbrüchen; sozial betroffen durch gesundheitliche Risiken; wirtschaftlich betroffen durch Arbeitslosigkeit, Einkommenseinbußen, Kurzarbeit, Ausbleiben von Aufträgen oder betroffen durch Einschränkung der sozialen und politischen Handlungsfähigkeit.

Besonders belastet waren und sind Eltern von schulpflichtigen Kindern und Kindern, die eigentlich in den Kindergarten gehen. Da war es richtig, dass unsere Eimsbüttler linke Bürgerschaftsabgeordnete *Insa Tietjen* auf der Demo der Eltern am 18. Juni 2020 unsere Solidarität zum Ausdruck brachte.

Wege zu den Zielen

Hegemoniefähigkeit in der Krise anstreben

Für Linke stellt sich immer die Frage nach dem gesellschaftlichen Subjekt, also der Kraft, die unsere Gesellschaft prinzipiell verändern kann. Für und mit dieser Kraft machen wir Politik. Unter den Bedingungen von Industrie 3.0 sind dies die doppelt freien LohnarbeiterInnen und / oder die Organisationen der Zivilgesellschaft in den hochentwickelten Industrieländern. Wir wollen zusammen mit diesen Kräften und ihren kulturellen, sozialen und politischen Organisationen Hegemoniefähigkeit erlangen, auch und gerade in der Krise.

Eine linke Alternative und entschlossene Praxis zu entwickeln, ist gerade in Anbetracht der Entwicklungen nach den großen Krisen 1907 und 1929 sehr wichtig und notwendig, auch um zugespitzt autoritäre oder faschistische Entwicklungen zu verhindern.

Im besten Fall können wir die Krise nutzen, um die Notwendigkeit der Überwindung des finanzmarktgetriebenen Imperialismus (Imperialismus nach Rudolf Hilferding, Wladimir

Ilijtsch Lenin, Rosa Luxemburg; finanzmarktgetrieben nach Oskar Lafontaine) zu verdeutlichen und letztendlich auch durchzusetzen.

Zu Ziel 1:

Möglichst wenig Tote

Im internationalen Vergleich war es erfolgreich, mit dem Shutdown Zeit zu gewinnen, die Ausbreitungskurve abzuflachen und auf niedrigem Niveau einen R-Wert von ca. 1 zu erreichen. In Hamburg gibt es seit Wochen Neuinfektionen pro Tag im deutlich unteren einstelligen Bereich.

Viel deutlicher als zu Beginn der Pandemie zeigt sich: Menschen sind je nach ihrer sozialen und ökonomischen Stellung unterschiedlich stark betroffen. Die Arbeits-, Lebens- und Wohnverhältnisse sind entscheidend dafür, ob das Virus zuschlagen kann oder nicht. Dies zeigt sich in Mietskasernen, in Gemeinschaftsunterkünften, für Geflüchtete oder bei den Vertragsarbeitern der Fleischindustrie. (vgl. Butterwegge 2020 b) Besonders gefährdet sind auch Menschen mit neurokognitiven Handicaps wie etwa Demente in Pflegeheimen. In über 40 Prozent der Hamburger Pflegeheime gab es Ausbrüche mit vielen Erkrankten und jeweils mehreren Toten.

- Die Wohnsituation in Gemeinschaftsunterkünften muss deutlich entzerrt werden durch dezentrale Unterbringung oder Auflösung der Gemeinschaftsunterkunft.
- Personalaufstockung im Gesundheits- und Pflegebereich: **500 Euro monatliche Zulage** für das gesamte medizinische und pflegerische Personal sowie in anderen versorgungsrelevanten Berufen.
Die Maßnahmen des Gesundheits- und Arbeitsschutzes müssen den aktuellen Bedingungen angepasst und ausgebaut werden.
- Kostenlose Kinderbetreuungsangebote für Beschäftigte im Gesundheitswesen und in der Pflege, deren Kinder nicht zur Schule oder in die KiTa gehen können und für die eine Betreuung zuhause nicht möglich ist.
- Dauerhafte Aufstockung der Kapazitäten bei den bezirklichen Gesundheitsämtern und anderen Institutionen, die zur Sicherung des Gesundheitsschutzes tätig sind, wie sie die Bundesregierung und die Ministerpräsidenten beschlossen haben zur Unterdrückung des Virus und Eindämmung von Ausbrüchen. Keine „atmenden“ Personalbestände je nach Infektionslage, sondern dauerhafte Beratung und Aufklärung aller potenziell am Infektionsgeschehen Beteiligten im Sinne eines Public-Health-Ansatzes. Nach der Pandemie Erhalt aller Stellen zwecks Gesundheitsprävention wie auch im Koalitionsvertrag Rot/Grün vereinbart.
- Null Neuinfektionen ist für Hamburg und den Bezirk Eimsbüttel ein realistisches Ziel.

DIE LINKE. Eimsbüttel ist der Meinung:

- Dass das Eimsbüttler Gesundheitsamt problemlos zugänglich als Beratungsstelle bekannt und für die Bevölkerung nutzbar gemacht werden muss.
- Dass die Gesundheitsämter in Hamburg transparent die bezirkliche Öffentlichkeit über lokale Ausbrüche informieren muss
- Dass das Gesundheitsamt im Rahmen des „Wohnbetreuungs- Qualitätsgesetzes“ die Alteinrichtungen verstärkt überwachen muss um unnötige Ausgrenzung von Bewohner*innen zu unterbinden (Unnötige Isolation auf Zimmern, die als „Einzelhaft“ wahrgenommen wird, Verweigern von WLAN usw.)

Zu Ziel 2:

Die Schere zwischen Arm und Reich muss sich schließen. Der Umgang mit COVID darf nicht zur Verschärfung sozialer Ungerechtigkeit führen.

Der Grad der Öffnung entscheidet darüber, wie gut es uns allen gehen kann! Die empirisch arbeitende Sozialepidemiologie zeigt, dass es in hochentwickelten Industriestaaten vom Grad der Öffnung dieser Schere abhängt, wie hoch die Lebenserwartung ist, wie groß die sozialen Probleme und wie hoch die Kriminalität sind. Speziell gilt dies für körperliche Gesundheit, seelische Gesundheit, stofflichen Zwang, Bildung, Gefängnisstrafen, starkes Übergewicht, soziale Mobilität, Vertrauen und soziale Kompetenz, Gewalt, jugendliche Schwangerschaften und Kindeswohl. (vgl. WILKINSON / PICKETT 2010)

Der Grad der Öffnung dieser Schere verursacht die genannten Effekte und nicht etwa durchschnittlicher Reichtum einer Gesellschaft oder vorfindliche Ausstattung des jeweiligen Gesundheitswesens. Auch die Pro-Kopf-Ausgaben für Gesundheit können ab ca. 2500 Euro pro Jahr die Sterblichkeit nicht mehr senken. Ab einem Jahreseinkommen von ca. 25 000 US\$ (ppp) hat das durchschnittliche Einkommen in einem Land keinen Einfluss mehr auf die durchschnittliche Lebenserwartung in diesem Land.

Darum ist es für die Bevölkerung der Bundesrepublik zweitrangig, wie gut es „der Wirtschaft“ geht.

Wirtschaft

Milliardenschwere Schutzschilde werden zu recht durch den Bund und durch die Länder eingerichtet. Das wird jedoch bei weitem nicht reichen. (vgl. SONDERMEMORANDUM, 7)

Für die Zeit nach dem Shutdown braucht es kurzfristige Konjunkturlösungen und mittelfristige Investitionsprogramme. (vgl. SONDERMEMORANDUM, 7)
In der derzeitigen Phase der tiefen Rezession ist die staatliche Kreditaufnahme zur Finanzierung des aktuellen Nachtragshaushalts, zur Stabilisierung der Sozialversicherungen und zur Finanzierung eines dringend erforderlichen Konjunkturprogramms mit ökologischen Investitionsschwerpunkten alternativlos. (vgl. SONDERMEMORANDUM, 7)

Wenn wir uns das von der Bundesregierung Ende März auf den Weg gebrachte haushaltspolitische Hilfspaket genauer ansehen, fällt auf, dass die Zahlen eine unmissverständliche Sprache sprechen.

Etwas mehr als 600 Milliarden Euro sind zur Unterstützung von Großunternehmen vorgesehen, 50 Milliarden Euro für kleine Firmen und Selbständige.

Kleine und mittlere Unternehmen mit weniger als 500 Mitarbeitern beschäftigen jedoch 58 Prozent aller sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten in Deutschland, das sind insgesamt knapp 18 Millionen.

Vor allem Kleinunternehmen und Selbständige sind besonders hart von den Folgen der Covid19-Krise betroffen. Sie dominieren in der Gastronomie, der Unterhaltung und unzähligen anderen Dienstleistungsbranchen, müssen den Betrieb wegen der Corona-Maßnahmen oft vollständig einstellen, da sie über keine Rücklagen verfügen. In Hamburg machen die Soloselbständigen allein 50% der Unternehmen insgesamt aus. Ca. ein Drittel konnte jedoch von den Hilfsmaßnahmen nicht profitieren und bei denen, die Geld bekommen haben, ist dieses nach vier Monaten Shutdown längst wieder aufgebraucht.

Arbeit und Bildung

Eine grundlegende Erkenntnis der Stadtsoziologie oder der Migrationsforschung ist seit ihrem Bestehen, dass gesellschaftliche Integration von zwei unabhängigen Faktoren

abhängt: Arbeit und Bildung.

Darum: Angemessene Arbeits- und Bildungsangebote für alle.

Arbeit

In Hamburg ist die Arbeitslosenquote von Ende März 6,3 Prozent auf Ende Mai 7,9 Prozent gestiegen. Die Arbeitslosenquote Mai lag 30 Prozent über der von Mai 2019. Im bundesweiten Vergleich sind Hamburg, Bayern und Baden-Württemberg besonders stark betroffen.

Es gibt in Hamburg weniger als 10 000 freie Jobs.

Die angezeigte Kurzarbeit übersteigt die Anzeige zur Finanzkrise April 2008 um das Zehnfache und liegt für die Bundesrepublik aktuell bei 7,5 Mio. In Hamburg derzeit bei mehr als einem Viertel der Beschäftigten. Erste Zahlen zur tatsächlichen Inanspruchnahme von Kurzarbeit wird es Anfang Juli geben.

- „Systemrelevante“ Arbeit braucht angemessene Bezahlung

Damit die Krise für viele Unternehmen und Beschäftigte in den Bereichen Einzelhandel, Gastronomie und Kultur nicht zur Katastrophe wird, sind umfangreiche arbeitsmarktpolitische Maßnahmen notwendig (vgl. SONDERMEMORANDUM, 4)

- Stützungsmaßnahmen für die private Kaufkraft
- Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns auf 12 Euro pro Stunde (14 Euro fordert die Hamburger LINKE im Bürgerschaftswahlprogramm für 2020, da nur so gewährleistet ist, dass man nach einem Arbeitsleben auch eine Rente bekommt, die höher als die Grundsicherung ist)
- Erhöhung des Kurzarbeitergeldes auf 90 Prozent des Nettoeinkommens
- Verlängerung des Kurzarbeitergeldes auf 24 Monate
- Erhöhung der Hartz-IV-Sätze und der Regelsätze im Bereich SGB XII und AsylbLG
- Beendigung der Diskriminierung erwerbstätiger Studierender
- Überbrückungsgeld in Höhe von 1.250 Euro monatlich für Soloselbständige
- Aufstockung der Grundsicherung um 150,- Euro monatlich während der coronabedingten Einschränkungen

Bildung

Der digitale Unterricht benachteiligt die Schülerinnen und Schüler aus armen Elternhäusern. Ob das angekündigte Sofortausstattungsprogramm des Bundes in Höhe von 500 Millionen Euro daran etwas ändert, ist zu bezweifeln. (vgl. BUTTERWEGGE 2020a)

Die stattfindenden und geplanten wirtschaftlichen Veränderungen erfordern auch neue berufliche und betriebliche Bildungsangebote und deren Finanzierung.

Soziales

Wir fordern sozialen und finanziellen Ausgleich für besonders betroffene Menschen. Sie dürfen nicht die Zeche zahlen für unser schlecht vorbereitetes Gesundheitswesen, z.B.

- Familien im Transferleistungsbezug
- befristete Gewährung eines Ernährungszuschlags von mindestens 150 Euro monatlich auf den Regelbedarf im SGB II (Hartz IV), im SGB VII (Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung) sowie auf die Asylbewerberleistungen
- wenn die Miete wegen Verdienstauffalls oder ausbleibender Aufträge nicht bezahlt werden kann, wäre eine Notfallkomponente im Wohngeld die Lösung
- Nicht bloß Kündigungen, Räumungsklagen und Zwangsräumungen, sondern auch Mieterhöhungen sollen für eine Übergangszeit ausgeschlossen werden (vgl. BUTTERWEGGE 2020a, 3)

„Der Gesundheitssektor und der Einzelhandel werden plötzlich als systemrelevant erkannt. Die zumeist von Frauen kostenlos geleistete Care-Arbeit für Familie, Kinder, Ältere, Kranke wird es aber eher nicht. (SONDERMEMORANDUM, 1)

Arm und Reich

Unabhängig vom Effekt der Schere zwischen Arm und Reich gilt:

Wer arm ist, ist länger und öfter krank und muss früher sterben. Aktuell ist auch belegt: Wer arm ist, stirbt eher an Covid19. Arbeitslose erleben mit höherer Wahrscheinlichkeit einen schweren Verlauf von dieser Erkrankung.

Kosten

Wer den Sozialstaat nicht antasten, sondern ausbauen will, muss die Wohlhabenden, Reichen und Hyperreichen durch Steuererhöhungen zur Kasse bitten: (vgl. BUTTERWEGGE 2020a, 1)

- Wirtschaftlich Leistungsfähige müssen stärker als bisher an diesen Krisenkosten beteiligt werden. Neben höheren Spitzensteuersätzen bei der Einkommenssteuer gehören auch die Ausweitung der Erbschaftssteuer, die Wiedereinsetzung der Vermögenssteuer und ein besser Steuervollzug dazu. (vgl. SONDERMEMORANDUM, 8)

- Ganz besondere Bedeutung kommt der Einführung einer Vermögensabgabe zu. Die finanziellen Belastungen für die öffentlichen Haushalte dürften in dieser Krise noch viel höher ausfallen als in der Finanzkrise 2009, was dieses Instrument unverzichtbar macht. (vgl. SONDERMEMORANDUM, 8)

und / oder

- Einmalige Abgabe auf sämtliches Privatvermögen von mindestens zwei Millionen Euro mit einem Stichtag vor der Corona-Krise nach Vorbild des Lastenausgleichsgesetzes.

Die aktuell geplante Abschaffung des Solidaritätszuschlages ist kontraproduktiv, da dadurch vor allem große Vermögen belastet und der gesamte Staat entlastet werden. Butterwegge empfiehlt eine Ausweitung des Soli, den so genannten Corona-Soli, um die Krisenfolgen gegenzufinanzieren. (BUTTERWEGGE 2020a)

Zu Ziel 3:

Menschenrechte als Grundlage für Demokratie müssen ausgebaut werden. Der Ausnahmezustand darf nicht auf unabsehbare Zeit verlängert und Grundrechte müssen auch in der Krise gewahrt werden.

Mit der Beschränkung von Demonstrationen, dem Verbot von Info-Ständen für politische Parteien, der Beschränkung von der Teilnahme an Ausschusssitzungen in Bezirken betreibt der SPD/Grüne-Senat real Demokratieabbau.

Dagegen wehrt sich DIE LINKE. Eimsbüttel .Deshalb haben wir z.B. einen Antrag gegen das Verbot von Info-Ständen auf den Weg gebracht.

Die Menschenrechte auf Arbeit, Bildung, Wohnen und Asyl, wie sie die UN-Charta formuliert, müssen in der Bundesrepublik umgesetzt werden.

„Arbeit: Demokratisieren, dekommodifizieren, nachhaltig gestalten“ lautet die Überschrift eines Aufrufs internationaler Wissenschaftler, unter anderen unterzeichnet von Nancy Fraser und Thomas Piketty, den wir unterstützen:

„die Sorge um die menschliche Gesundheit und die Versorgung der Schwächsten kann nicht alleine von Marktkräften geregelt werden. Sonst laufen wir in Gefahr, die Ungleichheiten so

weit zu verschärfen, dass wir das Leben der am stärksten benachteiligten Gruppen aufs Spiel setzen.“

Demokratisieren: Beteiligung der ArbeitnehmerInnen an Entscheidungen, die ihr Leben und ihre Zukunft am Arbeitsplatz betreffen.

Dekommodifizieren: Nützliche Beschäftigung für alle gemeinsam garantieren.

Nachhaltig gestalten: In Würde alle Kräfte bündeln, um unser Leben auf diesem Planeten zu erhalten.

Recht auf Wohnen: In der Krise das Recht auf Wohnen zur Kostenmiete für alle umsetzen.

Ganz praktisch stellt sich in Hamburg die Frage, wie lange bei den aktuellen Neuinfektionsraten der Katastrophenmodus inhaltlich noch begründet werden kann. Bei Konsens über die Infektionsschutzregeln ist die demokratische Mitgestaltung bei einzelnen Maßnahmen absolut zwingend und erforderlich.

Was tun in Eimsbüttel?

Analyse und (kleinteilige) Forderungen reichen nicht, wir müssen erfolgreich in die Aktion kommen, um in der Krise hegemoniefähig zu werden.

- Danke heißt mehr Gehalt: 500 Euro jeden Monat mehr für alle Pflegekräfte, finanziert durch die Freie und Hansestadt Hamburg.

Volksentscheid zusammen mit dem Pflegebündnis und ver.di.

- Gewinner der Krise zur Kasse bitten:

Gesetzlicher Mietendeckel mit Reduzierung der Miete auf die Kostenmiete plus 5 Prozent Gewinn für den Vermieter durch den Hamburger Senat. (Wären 4,50 € bei abgeschriebenen Altbauten plus 0,23 € pro Quadratmeter, bei aufwendigerer Bausubstanz, z.B. in der Isestraße, 5,50 € plus 0,28 €)

Neue Argumentation zum unterbrochenen „Volksentscheid Mietendeckel“ oder neuer Volksentscheid.

- Nachhaltiger Public-Health-Ansatz im Gesundheitsamt Eimsbüttel fordern und modellhaft entwickeln.

Wir sind der Meinung, dass die Forderungen der LINKEN verstärkt in die Öffentlichkeit gebracht werden müssen statt in internen Zirkeln unter sich zu diskutieren, Oder um es mit Marx zu sagen ;“Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert, es kommt aber darauf an sie zu verändern,“(11. Feuerbachthese).

Gehen wir also, wie in den vergangenen Wochen offensiv auf die Eimsbüttlerinnen und Eimsbüttler zu.

Quellen:

BUTTERWEGGE 2020a: Christoph Butterwegge, Armutsforscher Butterwegge: „Nötig wäre ein Corona-Soli“, NachDenkSeiten, 7. Mai 2020

BUTTERWEGGE 2020b: Christoph Butterwegge in: Maria Fiedler, Vor dem Virus sind nicht alle gleich: Warum Covid-19 die Ärmsten besonders hart trifft, Tagesspiegel 19.06.2020
Sofortprogramm zur Corona Krise DIE LINKE.Hamburg, 3. April 2020

SONDERMEMORANDUM: Sondermemorandum zur Corona-Krise als Ergänzung zum MEMORANDUM 2020, ARBEITSGRUPPE ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK e.V., Bremen 20. April 2020

WILKINSON/PICKETT 2010: Richard Wilkinson, Kate Pickett, Gleichheit ist Glück, warum

gerechte Gesellschaften für alle besser sind, Frankfurt am Main 2010
und
<https://www.equalitytrust.org.uk/resources/the-spirit-level>